

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschiff: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnr.: 25 241.
Kurz für Nachzügler: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise

Stetigjährlich in Dresden und Weertzen bei zweimaliger Auflegung kostet bei ein- maliger Zustellung durch die Post (ohne Befreiung) 3,00 M. monatlich 1,00 M. Die einseitige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Bei Anzeigen unter Geboten- und Befreiungsmacht, einseitige 18- und 20 mm. Befreiungsmacht und Zeitl. Zusätzliche Beiträge gegen Bezahlung. — Belegzeit 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Bleich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 395 Leipzig.

Kabdruck nur mit beschrifteter Bestellkarte („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

Königsdielen Ring-
straße
Nr. 14
Täglich: KUNSTLER-KONZERT.

Brautausstattungen
Einzel-Möbel in allen Preislagen Einzel-Möbel
J. A. KONIG Kamenzer Straße 27.
Bruno Straßensbahnlinie 5. p. Tel. 23667.

KASINO
Seestraße 7
Stimmungskonzerte — Kapellmeister Rost

Die Spannung in Frankreich.

Der Friedensauschuss über die Gegen- Vorschläge.

Berlin, 20. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Die Mitglieder des Friedensauschusses waren gestern zu einer streng vertraulichen Sitzung des Reichskabinetts geladen, in der ihnen die Gegenvorschläge der deutschen Regierung mitgeteilt und eingehend besprochen wurden. Wie die „Post“ hört, ist geplant, die Gegenvorschläge unmittelbar nach ihrer Uebersetzung in Versailles, wohin sie bereits abgegangen sind, der breitesten Öffentlichkeit im Wortlaut bekanntzugeben. Wir gehen wohl nicht sehr mit der Annahme, daß es sich bei der Mitte der Zeit nicht darum handeln könnte, den umfangreichen Friedensbedingungen unserer Feinde paragraphenweise Gegenvorschläge gegenüberzustellen, sondern davon nur etwa die Hauptpunkte herauszuarbeiten, die hinsichtlich der Verhandlungen mit den Gegnern führen. Auch in dieser Beziehung haben unsere Gegenvorschläge noch einen sehr natürlichen Umfang. Ueber den Inhalt unserer Gegenvorschläge können wir nur sagen, wie es da und dort bereits geschieht, in der Stunde ebenso mühsam und mühselig. Vor Ende dieser Woche ist eine Antwort der Entente kaum zu erwarten. Sobald sie vorliegt, wird auch der Friedensauschuss der Nationalversammlung wieder zusammenzutreten. Einzelheiten, die dieser oder jener in ihnen vermissen könnte, würden dann den schriftlichen oder mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Das Ergebnis der Besprechungen in Spa.

Brüssel, 19. Mai. Bei den am Sonntag in Spa erfolgten Besprechungen zwischen dem Reichsminister Dr. Brüning, Graf Brodorski-Rankau und Dr. Wessell, dem preussischen Finanzminister Dr. Scharnowski und dem belgischen Finanzminister wurde vollkommene Uebereinstimmung darin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgeschlagenen Form unannehmbar ist. Bei dem in der gesamten Welt herrschenden Wunsch nach Durchführung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unversucht gelassen werden, eine brauchbare Basis für einen Frieden zu finden, der den berechtigten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

Die Rückkehr Brodorski-Rankaus nach Versailles.

Paris, 20. Mai. Einige Pariser Blätter melden, die Rückkehr Brodorski-Rankaus sei dahin zu deuten, daß er mit der ganzen Delegation nach Deutschland abreisen werde, weil es ihm nicht gelungen sei, eine wesentliche Änderung des Vertrages durchzuführen. Scheidemann sei bereits dabei, eine neue Delegation zusammenzustellen, die den Vertrag unterschreiben werde. In dieser Behauptung ist natürlich kein wahres Wort. Der Rat der Vier ist heute morgen zu einer längeren Besprechung zusammengetreten, über deren Thema strenges Stillschweigen bewahrt wird.

Nach wieder in Paris.

Paris, 20. Mai. Die Pariser Abendblätter melden, daß Koch von seiner Rheinreise nach Paris zurückgekehrt und heute vormittag von Clemenceau empfangen worden ist.

Die Abstimmung in der amerikanischen Kommission.

Rotterdam, 20. Mai. Dem „Nieuwe Rotterd.“ zufolge meldet der Pariser Korrespondent der „Daily News“: Ich habe vor kurzem auf die Abstimmung hingewiesen, die der Friedensvertrag in verschiedenen Punkten findet. Diese Abstimmung hat jetzt dadurch feste Form angenommen, daß eine Anzahl Mitglieder der amerikanischen Kommission Wilson ihr Mitspracherecht einzieht. Es ist möglich, daß mit ihrem Ausscheiden sich nichts an der Arbeit der Friedenskonferenz ändern wird. Sie haben jedoch durch diesen Schritt ihre Meinung zum Ausdruck gebracht.

Neutrale Zone in Norddeutschland.

Bern, 20. Mai. Der „Tempo“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schlesien bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Flensburg bis südlich Hamburg und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen unterhalten. Aus dieser Klausel geht hervor, daß die Häfen von Stettin und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbezogen sind.

Deutschlands Verhältnis zu seinen Ostseeprovinzen.

Amsterdam, 20. Mai. Einer Radiomeldung aus New York zufolge schreibt der „New York World“, das charakteristische Merkmal der augenblicklichen Lage sei die von der deutschen Bevölkerung in den östlichen deutschen Provinzen an den Tag gelegte Kampfbereitschaft. Die dortigen Zustände seien für einen Bürgerkrieg gegen eine polnische Besetzung reif. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Deutschland bereit sei, alle anderen, wenn auch noch so schweren Friedensbedingungen hinzunehmen, wenn ihm nur seine östlichen Provinzen erhalten bleiben.

Die Spannung in Frankreich.

Von unserem Pariser Sonderberichterstatter.

Verfaillés, 20. Mai. Werden sie zeichnen? Werden sie nicht zeichnen? In diesen Tagen läßt sich die Auffassung der politischen Lage vom Tage zusammenfassen. Man kann in Deutschland in dieser Angelegenheit nicht gespannt sein als in Frankreich. Die hiesigen Zeitungen sind voll davon, und auf den Gesichtern der französischen Bevölkerung liegt die Spannung deutlich vermerkt. Je nach der politischen Richtung der Blätter ist der Ton abgemildert. Aber alle ohne Ausnahme glauben, daß wir unterzeichnen werden. Sie glauben aber auch, daß keine Änderungen im vorliegenden Text vorgenommen werden und daß die fünfzehntägige Frist verlängert werden wird. Die letzte Frage wird besonders eifrig kommentiert. Es muß hervorgehoben werden, daß etwas Positives darüber nicht verlautet ist. Man nimmt es aber auch in den Kreisen unserer Delegation an. „Chicago Tribune“, das Orakel der Pariser Presse, will wissen, daß wir unterzeichnen werden, weil die innerpolitische Lage Deutschlands dazu zwingt, eine Ansicht, die die Pariser Blätter nicht teilen, und wir auch nicht. Bezüglich des Schicksals unserer zusammengeführten Gegenvorschläge zu dem vorliegenden Projekt sind sich die Stimmen aller feindlichen Länder einig, daß die Entente mit einem kurz beschränkten Ultimatum antworten wird, dessen Quintessenz wäre: Nehmt ihr unser Projekt an oder nicht? Tut ihr es nicht, so werfen wir das Schwert des Brennens, in diesem Falle den Säbel hoch, in die Waagschale, und dann wehe dem Besiegten. Ueber das Datum der Unterzeichnung ist man sich nicht einig. Es soll zwischen dem

8. und 15. Juni

liegen. Dieser Auffassung widerpricht „Chicago Tribune“ mit dem Bemerkung, Wilson werde sich am 5. Juni nach Amerika einschiffen, jedoch hätte er erklärt, er wolle die Unterzeichnung erst abwarten. Der „New York Herald“ vertritt den mit gemäßigten Gefühlen aufgenommene Abtransport der amerikanischen Verbindungstruppen. Die letzten Amerikaner werden ihm zufolge am 29. Juni Koblenz verlassen. Nur eine ganz geringe Truppenmacht soll zurückbleiben. Wie wenig sich manche Staatsmänner vom Völkerrund verstanden, beweisen die Erklärungen des Lord Robert Cecil und des früheren amerikanischen Botschafters in Konstantinopel Morgenthau, die der Ansicht sind, daß der Frieden sein dauernd sein werde.

Keine Abtretung Oberschlesiens?

Rattowik, 20. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Zwischen den hier weilenden Mitgliedern der Ententekommission und dem Birexrat in Versailles fand ein Telegrammwechsel statt, aus dem hervorgeht, daß die Entente nicht abgesehen ist, auf die Abtretung Oberschlesiens an die Polen zu verzichten.

Oberschlesiens Wille zum Reich.

Rattowik, 20. Mai. Die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien meldet: Anlässlich der Anwesenheit der amerikanischen und englischen Pressevertreter hat am Montag unter dem Vorsitz des Staatskommissars für Oberschlesien eine Konferenz mit diesen Vertretern der Presse stattgefunden. In der überaus ergiebigen Aussprache stellte man sich einmütig auf den Standpunkt, daß Oberschlesien nicht in die polnische Kulturzone gehöre und werden dürfte. Von der unablässigen Sozialdemokratie, deren Führer Rechtsanwalt Winkler aus Hindenburg an der Konferenz teilnahm, bis zu den Vertretern der Großindustrie gab es nur eine Meinung: Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben. Ganz besonders hervorzuheben waren die Aufzeichnungen der polnischen Arbeiter, daß sie bei Deutschland bleiben wollten, da ihnen bei einem Anschlag an Polen ein schwerer kultureller und wirtschaftlicher Rückschlag drohe. Am Nachmittag haben die Pressevertreter eine Reise durch den gesamten Industriebezirk unternommen.

Der Empfang der Oesterreicher.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Rotterdam, 19. Mai. Die französischen Zeitungen veröffentlichten ausführliche Berichte über die Ankunft der deutsch-österreichischen Friedensdelegation, die ihnen offenbar besser gefiel, als die Deutschen, besonders der soziale Kanzler Renner mit seiner goldenen Brille und seiner großen Nase, der einen recht verführerischen Eindruck machte. Als Renner aus dem Zuge stieg, so sagt der Bericht, entblühte er höflich sein Haupt und hörte den Präsidenten ehrerbietig an, der ihm sagte, sie würden mit der Höflichkeit empfangen, die bei den Franzosen Tradition sei. Renner antwortete mit Wärme: „Ich spreche nicht französisch.“ Dann fuhr er im schönsten Wiener Dialekt fort: „Sie danken Ihnen auch sehr schön für den schönen Empfang, und ich danke Frankreich für die Wärme und Güte, und für Wohlwollen zu revidieren.“ Diese schönen Worte wurden von einem Herrn aus der Umgebung Renners ins Französische übersetzt. Es scheint also ganz gemächlich herzugehen zu sein, und man hatte doch Gefühl, daß mit den Oesterreichern viel besser auszukommen sei, als mit dem steifen, aristokratischen Brodorski. Prof. Lammas hatte gleich Franke und Rinder mitgebracht. Er wollte eben auf wieder aus Frankreich herauszukommen, wie er hineingekommen sei.

Die feindlichen Friedensbedingungen und die deutsche Landwirtschaft.

Von Hofrat Dr. Schöene.

Generalsekretär des Landwirtschaftlichen Sachens.

Wie manches Mal ist es uns herzlich sauer geworden, wie oft wurde gemurrt ob der geringen Nahrungsmenge, mit der wir haushalten mußten. Wir haben's ertragen in der stillen Hoffnung auf bessere Zeiten, die eintreten sollten, sobald der mörderische Krieg zu Ende war. Und nun? Wenn dieser teuflische Plan Wirklichkeit wird, den unsere Feinde in Versailles aufgestellt haben, dann kommt erst der eigentliche Mangel, dann bleibt der Hunger ständiger Gast in deutschen Landen.

Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens muß von der Landwirtschaft ausgehen. Voraussetzung dafür ist, daß sie nicht vollends zugrunde gerichtet wird und daß ihr Hilfsmittel in erforderlichen Mengen zur Verfügung stehen, um die Betriebe auf den früheren Stand der Leistungsfähigkeit bald wieder zu bringen. Aber eine Neuaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft wollen ja gerade die Feinde verhindern, sie soll niemals wieder erstarren. Deshalb gehen sie auch an die Wurzeln unserer Kraft, an die Landwirtschaft mit heran. Bereits während des Waffenstillstandes wurde dem Deutschen Reich die sofortige Lieferung einer erheblichen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte aufgezwungen, die die Landwirtschaft insofern aufs schwerste traf, als ihr der Ertrag der während des Krieges verbrauchten Maschinen erschwert wurde und die Verbesserung der Bodenbestellung usw., die so dringend notwendig ist, eine weitere Verzögerung erlitt.

Nach den Friedensbedingungen soll nun die deutsche Landwirtschaft liefern 40 700 Pferde, 4000 Stiere, 140 000 Milchkühe, 121 000 Schafe, 10 000 Ziegen und 15 000 Mutter-schweine. Die Abgabe dieser Tiere bedeutet einen harten Schlag für die Landwirtschaft selbst, nicht minder aber auch für die Volksernährung. Unsere Milchversorgung hat schon seit längerer Zeit die untere noch zulässige Grenze unterschritten. Kinder und Kranke können nur notdürftig mit diesem für sie unerlässlichen Nahrungsmittel versorgt werden. Die übrige Bevölkerung erhält überhaupt keinen Tropfen. Trotz dieser entsetzlichen Notlage fordert der Feind noch einen erheblichen Teil der leistungsfähigsten Milchkühe. An der Gesamtzahl gemessen, mag die Forderung zunächst erträglich erscheinen. Man muß jedoch damit rechnen, daß — man denke an die Abgabe der Vorkühe — nur beste, hochgezüchtete Tiere verlangt werden. Davon haben wir aber nach einer fünfjährigen Kesperung von der Futtermittelnahrung nur noch herzlich wenig übrig. Unsere Milchversorgung muß dann völlig zusammenbrechen. Die Fleischversorgung, die ebenfalls nur mit äußerster Mühe und Not aufrechterhalten werden kann, dürfte ein ähnliches Schicksal erleiden. Von der einst so blühenden deutschen Schweinezucht sind an sich nur noch Trümmer vorhanden. Für Jungtiere werden geradezu schwindelerregende Preise bezahlt, ein Zeichen, daß der Mangel riesengroß ist. Die Forderung der 15 000 Mutter-schweine kann daher nicht anders als unerfüllbar bezeichnet werden. Die Fortnahme der Ziegen trifft vor allem den Kleinbetrieb des Arbeiters, der sich mit Hilfe dieses Tieres mühsam einige Erleichterung in der Ernährung zu verschaffen suchte. Zu all dem kommt nun noch die Kontingentierung der Rohstoffzufuhr. Wenn wir wieder leistungsfähige Tiere heranzüchten wollen, dann brauchen wir eiweißhaltige Futtermittel, Getreide und Getreidemehl. Die Entente wird sich schwer hüten, solche zur Einfuhr zuzulassen. Der Verlust Potbringers hat eine Mindererzeugung von Thomaschlacke zur Folge. Unsere Acker und Wiesen werden bald Mangel an Phosphorsäure leiden und die Erträge, namentlich an Körnern, stark zurückgehen.

Die Abtrennung Polens wird sich in der deutschen Landwirtschaft fühlbar machen. Wir sind gezwungen, das östere mit dem Kartoffelsaatgut zu wechseln, wenn die Ernten dauernd befriedigen sollen. Einen nicht unbedeutenden Teil liefert diese Provinz. Eine empfindliche Verdrängung bringen schließlich die finanziellen Verluste, die man Deutschland aufbürden will, auch für die Landwirtschaft. Die übermäßige Bekümmern, zu der dann das Reich gezwungen ist, entziehen dem Landwirt die notwendigen Betriebsmittel. Es wird ihm die Möglichkeit genommen, die während des Krieges eingetretene Substanzverluste jeglicher Art wieder zu erlangen. Die Verflechtung des Geldmarktes erschwert die Befriedigung des Realcredits, wie auch des Personalkredits. Junge An-länger namentlich werden oft in die größte Verlegenheit kommen, die erforderlichen Geldmittel zu erhalten. Zu der zwingendsten Kriegs-wirtschaft, deren Abbau zu beschleunigen, die maßgebenden Stellen nun erst recht nicht den Mut finden werden, treten neue ungemein lästige Befehle